



# NEUE GEMEINDE

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

*info*



**Nach Stichwahl: SPÖ stellt 95 BürgermeisterInnen im Burgenland – ein historischer Höchststand**

Seiten 6 bis 11

**Energiekosten: GVV fordert Bund auf, Gemeinden zu entlasten:** Maßnahmen des Bundes bisher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein Seite 3

**GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen besinnliche Feiertage!  
Bleiben Sie gesund!**

**Sozial- und Klimafonds aufgestockt:** Energiekrisen-Gewinner zahlen Fairnessabgabe, mehr Entlastung für einkommensschwache Haushalte S. 5

# Klartext!



Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

## WIR sind DIE Bürgermeister- und Kommunalpartei!

**Geschätzte Bürgermeister\*innen und Vizebürgermeister\*innen!**  
**Liebe Gemeindevertreter\*innen!**  
**Sehr geehrte Damen und Herren!**

Mit Demut und Stolz können wir das historisch beste Wahlergebnis für die SPÖ im Burgenland bei den Bürgermeister\*innen und Gemeinderatswahlen 2022 analysieren. Dafür gebührt allen Spitzenkandidat\*innen und Gemeinderatskandidat\*innen sowie allen Mitwirkenden auf Landes- und Ortsebene Dank und Anerkennung. Dieses Wahlergebnis ist für mich auch eine eindrucksvolle Bestätigung für unsere ergebnisorientierte Zusammenarbeit und unseren starken Zusammenhalt. Wir haben so gemeinsam unsere SPÖ-Position als DIE BÜRGERMEISTER\*INNEN und KOMMUNALPARTEI im Burgenland kräftig ausgebaut.

Wir vom GVV haben uns, gemeinsam mit der SPÖ Landesorganisation und den Ortsorganisationen, seit Jahren gut vorbereitet. Mit den drei kleinen „s“, nämlich strategisches, strukturiertes und seriöses Arbeiten haben wir einen großen Erfolg erzielt und unser Ziel nicht nur erreicht, sondern übertroffen. 95 Bürgermeister\*innen (+12), 102 Vizebürgermeister\*innen (+5) und 1623 Gemeindemandatar\*innen (+162) sind ein Garant für die Fortsetzung des erfolgreichen burgenländischen Weges auch in den Gemeinden. Gemeinsam mit und für unsere Gemeindevertreter\*innen werden wir als „GVV – DER GEMEINDEVERBAND“ eine noch stärkere Kraft für unsere kommunalen Anliegen und Herausforderungen sein.

Jedenfalls bedanke ich mich auch persönlich bei allen Persönlichkeiten im großen Team Burgenland für die gute Zusammenarbeit und ersuche weiterhin um Unterstützung für unser GVV-Team, damit wir die Rahmenbedingungen für unsere Gemeinden und ihre Vertreter\*innen weiter kontinuierlich verbessern können. In diesem Sinn wünsche euch allen ein frohes Weihnachtsfest und viel Kraft sowie Zuversicht für ein erfolgreiches Jahr 2023.

Euer

Erich Trummer  
GVV-Präsident

Fordern zur Bewältigung der Energiekostenexplosion kurzfristige Geldmittel ohne Kofinanzierungsaufgaben für die Gemeinden: GVV Präsident Erich Trummer mit NR Bgm.

Andreas Kollross, GVV-Österreich Bundesvorsitzender  
Foto: GVV Burgenland



## Teuerungswelle trifft Gemeinden voll – GVV fordert nachhaltige Entlastung

**Die aktuelle Energiepreisexplosion und die enormen Preissteigerungen im Baugewerbe stellen Städte und Gemeinden vor riesige Herausforderungen. „Wir wollen dabei nicht tatenlos zusehen und haben eine Resolution verfasst. Kernpunkte der Forderungen der SPÖ-GemeindevertreterInnen sind kurzfristige Hilfestellungen und langfristige Maßnahmen.**

Wenn die Kosten für ein Hallenbad von Euro 30.000 Euro auf 300.000 Euro steigen, dann ist das für Kommunen nicht mehr leistbar. Jeder Bereich ist davon betroffen, von den für die Verkehrssicherheit wichtigen Straßenbeleuchtungen bis hin zu den für den Sport notwendigen Flutlichtanlagen. „Bei diesen Gemeindeeinrichtungen auf Energiesparen zu setzen, ist ein falsches Signal an die Bevölkerung und vor allem an die Jugend“, so GVV-Präsident Erich Trummer. Selbstverständlich müsse man Energieeinsparpotenziale heben. Aber die Teuerung könne mit diesen Maßnahmen nicht bekämpft werden, erklärt Trummer: „Da ist eine Energieeinsparung maximal ein Tropfen auf dem heißen Stein.“ Wenn von der Politik auf Bundesebene keine Gegen-

maßnahmen ergriffen werden, wird die ungebremste Energiepreisexplosion auch zu einer massiven Gebührenerhöhung für die Ver- und Entsorgungsleistungen führen. Auch der finanzielle Spielraum der Gemeinden, als größte Auftraggeber der regionalen Wirtschaft schwinde zusehends, so der GVV Präsident. Um gegenzusteuern und eine überdurchschnittliche Gebührenerhöhung für die Ver- und Entsorgungsleistungen abzuwenden, fordern die sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen ein Hilfspaket seitens des Bundes. Das von der Bundesregierung zuletzt präsentierte dritte Kommunale Investitionspaket sei weiter ein Tropfen auf den heißen Stein, betont Trummer: „Der ganze Bereich Energiekostenexplosion und somit Betriebskostenteuerung wird nicht behandelt, die die wahren Kostentreiber sind. Und wieder sollen die Gemeinden 50 Prozent der abzurufenden Summe kofinanzieren. Viele Gemeinden werden das ohne neue Fremdmittel nicht schaffen. Deshalb fordern wir weiterhin kurzfristige Geldmittel ohne Kofinanzierungsaufgaben für die Gemeinden, die Entkoppelung des Strom- vom Gaspreis sowie die Einführung eines Gaspreisdeckels!“

## Reform bei Volksbegehren: Samstag fällt als Eintragungstag vor Ort weg

Seit dem Jahr 2018 können Bürgerinnen und Bürger Unterstützungserklärungen und Eintragungen für Volksbegehren nicht nur am Gemeindeamt, sondern auch elektronisch abgeben bzw. vornehmen. Dieses Service hat dazu geführt, dass die Möglichkeit der Eintragung am Samstag in den Räumen der Gemeindeämter kaum bis gar nicht in Anspruch genommen wird. Als Konsequenz dieser Entwicklung wird der

Samstag als Eintragungstag vor Ort für Volksbegehren gestrichen. Auch der zweite Werktag bis 20 Uhr wird gestrichen, das heißt, es muss nur mehr an einem Werktag bis 20 Uhr die Möglichkeit der Eintragung vor Ort geschaffen werden. Die Reform bringt vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine große Entlastung und in weiterer Folge auch eine Einsparung an Verwaltungskosten.



Mag.° Birgit Wagner wurde von LR Leonhard Schneemann und Landesamtsdirektor Ronald Reiter offiziell ins Amt eingeführt. Foto: LMS

## Bezirksbehörden mit neuer Leitung

Mit 1. Oktober 2022 hat Birgit Wagner die Leitung der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt/Umgebung übernommen. Sie folgt in dieser Funktion Franziska Auer, die mit 30. September ihren Ruhestand angetreten hat. Die Rechtswissenschaftlerin mit dem Studienschwerpunkt „Öffentliche Verwaltung“ startete ihre Verwaltungslaufbahn 1995 in der BH Neusiedl am See. 2013 wechselte Wagner vom Amt der Bgld. Landesregierung an die BH Eisenstadt-Umgebung, wo sie bis 2016 BH-Stellvertreterin war. Es folgte der Wechsel an die BH Neusiedl am See wo sie bis Oktober 2022 die Behörde leitete.

Ulrike Zschech ist die neue Leiterin der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See. Bereits seit Ende 2018 war die gebürtige Illmitzerin und ausgebildete Verwaltungsjuristin als provisorische Bezirkshauptfrau-Stellvertreterin der BH Neusiedl am See tätig. Zu ihrem Neueinstieg hat sich Zschech auch gleich viel vorgenommen: „Ich möchte Verbesserungen im Ablauf der Verfahren für alle Beteiligten, durch ressourcenschonende Ausführung von Prozessen, durch Motivation und Stärkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine offene Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.“



Bezirkshauptfrau Mag.° Ulrike Zschech mit Landesrat Schneemann Foto: LMS

## Zur Sache!

### Liebe Gemeindevertreterinnen! Liebe Gemeindevertreter!



Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

Der Migrationsdruck steigt wieder. Gerade das Burgenland und vor allem die grenznahen Kommunen spüren das im Moment sehr deutlich. Hauptbetroffen sind die Bezirke Neusiedl am See und Oberpullendorf. Aber auch in den Bezirken Eisenstadt-Umgebung und Mattersburg mehren sich die illegalen Grenzübertritte. Viele Geflüchtete wollen zwar weiter, de facto stranden sie aber vorerst hier im Burgenland. Daher sind viele Kommunen österreichweit bei der Unterbringung von Geflüchteten bereits jetzt an der Belastungsgrenze angekommen. Sie stehen vor der Frage, ob sie Turnhallen belegen, Gewerbehallen anmieten oder Traglufterhallen bauen sollen, allerdings mit dem Unterschied zu 2015, dass kein Personal vorhanden ist, um die Unterkünfte zu errichten und zu betreiben. Der Bund darf dabei die Kommunen nicht im Stich lassen, vor allem, da wir derzeit in Österreich noch dazu fast 100.000 geflüchtete UkrainierInnen, hauptsächlich

privat, unterbringen und betreuen. Die Flüchtlingsaufnahme stellt die Kommunen generell bei Aufnahme, Unterbringung und Integration vor besondere Herausforderungen. Darüber hinaus ist ein verstärkter Zustrom aus Indien und den angrenzenden Staaten zu beobachten.

Die Folgen zeigen sich in den Städten und Gemeinden mittlerweile sehr deutlich. Trotz immer professionellen Unterbringungsstrukturen sind die Mehrzahl der staatlichen und kommunalen Unterkünfte mit Asylbewerbern, Flüchtlingen, Migranten voll belegt. Hinzu kommen die aus der Ukraine geflohenen Menschen, die vorwiegend in Privatunterkünften aufgenommen wurden. ABER: Je länger der Krieg in der Ukraine andauert, desto mehr sinkt bei Privatpersonen die Bereitschaft, Ukrainerinnen und Ukrainer dauerhaft bei sich aufzunehmen, auch da die Teuerung dies erschwert. Diese Welle steht den Kommunen noch bevor, für diese Menschen eine Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen. Viele drängen in bereits voll belegte Unterkünfte und auf einen angespannten Wohnungsmarkt. Daher werden auch schulische Angebote und Kindergarten-Plätze nicht ausreichen. Aktuell besuchen knapp 20.000 ukrainische Schülerinnen und Schüler österreichische Schulen, Tendenz steigend. Rund 20 Prozent der Flüchtlinge aus der Ukraine sind Kinder im Kindergartenalter. Es fehlt das Personal zur Betreuung an allen Ecken und Enden.

Daher sind – neben all den anderen Problemen – die Kommunen auch hier an der Belastungsgrenze. Wir brauchen eine rasche Verständigung über Lösungen für die sich abzeichnenden Herausforderungen in den Kommunen. Neben Wien und dem Burgenland müssen endlich auch die anderen Bundesländer ihre Quoten erfüllen. Zudem muss dem Anstieg der illegalen Sekundärmigration innerhalb der EU sowie der illegalen Grenzübertritte in die EU begegnet werden. Dies betrifft vor allem die erhoffte Grundsatzeinigung der EU-Staaten auf ein neues Dublin-Verfahren mit individuellen Beiträgen für die Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten in der EU. Die Blockadehaltung, die mittlerweile von einer Vielzahl von EU-Staaten ausgeht, muss aufgegeben werden. Es muss sichergestellt werden, dass nicht einige wenige Staaten die Hauptlast tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer



SPÖ Klubobmann Robert Hergovich und Landesrat Heinrich Dorner informieren über neue Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung

Foto: SPÖ Burgenland

## Mehr Geld für Klima- und Sozialfonds

**D**as Burgenland stemmt sich seit Beginn der Teuerungswelle mit einem Maßnahmenpaket gegen die anhaltende Energiekrise. Das Gesamtkonzept - vom österreichweit besten Anti-Teuerungspaket bis hin zum Ausbau des Mindestlohns - entlastet die Bevölkerung zielgerecht. Am 17. November wurde mit der Novellierung des Raumplanungsgesetzes im Burgenländischen Landtag ein weiteres starkes Zeichen gesetzt. Der Einsatz von erneuerbaren Energien wird für Betriebe erleichtert, gleichzeitig wird die Fairnessabgabe der Energiekrisen-Gewinner indexiert erhöht. Die Gesamteinnahmen fließen in den Klima- und Sozialfonds. Private Erzeuger sind von der Abgabe nicht betroffen.

„Das Ziel ist ganz klar: Wir wollen die negativen Folgen der Energiekrise für die Bevölkerung und die Wirtschaft bestmöglich abfedern. Gerade was die Umsetzung von Erneuerbaren-Energie-Projekten betrifft, gilt unser Bundesland österreichweit als Vorreiter. In keinem anderen Bundesland können die Verfahren ähnlich rasch und

konfliktfrei abgewickelt werden. Mit den Änderungen im Raumplanungsgesetz wird dieser Weg weiter beschleunigt“, so Landesrat Heinrich Dorner. Die Krisengewinner leisten im Burgenland einen Beitrag für jene, die besonders unter der Teuerungsexplosion leiden, hält Klubobmann Hergovich fest: „Die Fairnessabgabe ist ein gerechter Beitrag der Big-Player, die durch die Krise enorme Übergewinne erzielen. Mit dem Gesetz sorgen wir für eine klassische Umverteilung.“

Die genaue Höhe der Abgabe wird mittels Verordnung festgesetzt, im Gesetz wurde nur der jährliche Maximalbetrag festgelegt, die Abgabe soll indexiert an die Teuerung angepasst werden. Der Einsatz erneuerbarer Energien für Betriebe wird erleichtert. Dient die Anlage zu mindestens 70% der Eigenversorgung der zugehörigen Betriebsstätte und steht die Fläche mit dieser in einem räumlichen Zusammenhang, dann kann auf dieser Fläche, nachdem sie im Zonierungsverfahren positiv beurteilt wurde, eine PV-Anlage errichtet werden.

## Gemeindefinanzstatistik 2021: Gemeinden investierten mehr als 112 Mio. €

**2**021 war, bedingt durch die Corona-Pandemie, für Burgenlands Gemeinden erneut ein Jahr voller Herausforderungen. Mit Investitionen im Ausmaß von 112 Millionen Euro, rund zehn Prozent mehr als im Jahr davor, blieben sie dennoch ein starker Motor für die heimische Wirtschaft und sorgten für die Absicherung zahlreicher Arbeitsplätze.

Am meisten investiert wurde im Vorjahr in die Bereiche Wasser- und Abwasserversorgung sowie im Straßenbau und im Hoch-

wasserschutz. Steigende Steuereinnahmen auf Bundesseite und die positive Entwicklung der regionalen Wirtschaft haben sich vorwiegend im Bereich der Einzahlungen der operativen Gebarung niedergeschlagen. Dadurch konnten die Einzahlungen gegenüber 2020 auf rund 615 Millionen Euro (+ 13%) gesteigert werden. Deutlich geringer - um lediglich 2,4 Prozent auf rund 509 Millionen Euro - sind hingegen die Auszahlungen gestiegen. Nach wie vor ist im Burgenland die Umlagenbelastung pro Kopf im Österreichvergleich mit 317 Euro am geringsten.

## Kommunales Investitionsgesetz

Mitte November 2022 wurde das Kommunale Investitionsgesetz (KIG) 2023 mit einem Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro - oft plakativ als „Gemeindemilliarde“ bezeichnet - im Nationalrat beschlossen. Wie bereits beim KIG 2020 beträgt die Förderquote 50 Prozent. Das heißt, die Hälfte der Mittel müssen, wie bereits bei den vorangegangenen Maßnahmen, von den Gemeinden selbst finanziert werden. Der GVV befürchtet, dass damit wieder eine neue Schuldenfalle für die Kommunen errichtet wird. Es ist zu befürchten, dass viele Gemeinden die Kofinanzierung nicht ohne die Aufnahme von Fremdmitteln schaffen (mehr dazu auf Seite 3).

### Zweimal 500 Millionen Euro

500 Millionen Euro werden nach den bereits im KIG 2020 festgelegten 18 Verwendungszwecken verteilt. Weitere 500 Millionen Euro sind für Investitionen in den effizienten Einsatz von Energie, zum Umstieg auf erneuerbare Energieträger sowie den Ausbau von Fernwärme- und Fernkältesystemen sowie andere Energiesparmaßnahmen zu verwenden.

Für Anlagen oder Fahrzeuge, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, gibt es keinen Zuschuss. Die genauen Durchführungsbestimmungen (Richtlinien) werden im Dezember vorliegen.

### Fristen

Anträge für alle KIG 2023-Projekte können von 01.01.2023 bis 31.12.2024 unter [www.bhag.gv.at](http://www.bhag.gv.at) eingebracht werden. Der Projektbeginn für alle KIG 2023-Projekte muss zwischen dem 01.01.2023 und 31.12.2025 liegen. Die Nachweise (Abrechnungen) der Projekte müssen bis spätestens 31.12.2026 bei der Buchhaltungsagentur des Bundes unter [www.bhag.gv.at](http://www.bhag.gv.at) eingebracht werden.

### Sonderregel zugunsten mildtätiger Organisationen

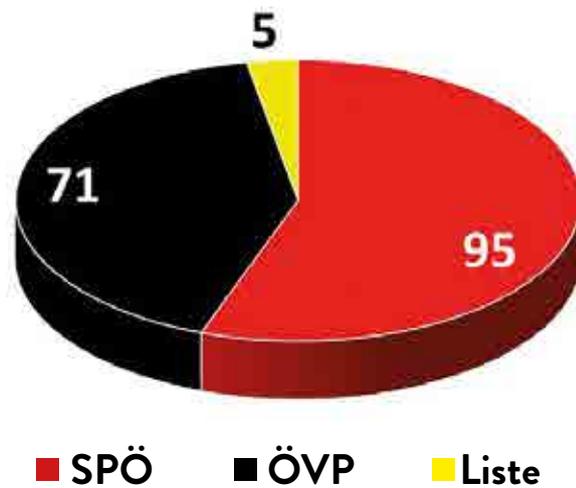
Es gibt beim KIG 2023 eine Sonderregelung: fünf Prozent ihrer zustehenden KIG 2023-Mittel können Kommunen auch für Förderungen an gemeinnützige oder mildtätige Organisationen verwenden, um diese bei den Energiekosten zu unterstützen.

# Historischer Erfolg des GVV und der SPÖ bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2022

Nach den Stichwahlen hält die SPÖ nun bei 95 BürgermeisterInnen! GVV-Präsident Erich Trummer: „Haben das beste Ergebnis unserer Geschichte erreicht!“

Nach der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl am 2. Oktober, wo die SPÖ mit 48,81 Prozent (+4,39%) als klarer Sieger hervorging, fanden Ende Oktober in 13 Gemeinden noch die Stichwahlen um das Bürgermeisteramt statt. Die SPÖ war dabei in elf Gemeinden mit einer Kandidatin oder einem Kandidaten im Rennen. In neun Gemeinden konnte sich die SPÖ durchsetzen. GVV-Präsident Erich Trummer: „Wir haben nun insgesamt das beste Ergebnis unserer Geschichte eingefahren! Damit wurden die historischen Höchststände von 2002 noch übertroffen. Neu dabei sind Apetlon, Weiden am See, St. Andrä, Mörbisch am See, Ritzing, Frankenu-Unterpullendorf sowie Loipersdorf-Kitzladen.“

## BürgermeisterInnen Burgenland 2022



Auch die SPÖ Verantwortlichen freuen sich über insgesamt 95 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, das sind zwölf mehr als 2017. Außerdem wurden 162 Gemeinderatsmandate dazugewonnen. Das ist ein eindrucksvolles Ergebnis der SPÖ bei den BürgermeisterInnen- und Gemeinderatswahlen 2022 im Burgenland.

### Abstand zur ÖVP ist so groß wie nie zuvor

Der Abstand zur zweitplatzierten ÖVP bei den Gemeindeführungen ist mit 24 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und 14 Prozent so groß wie noch nie. Die SPÖ hält somit 55,6 Prozent der BürgermeisterInnen im Burgenland, das entspricht einem Plus von 9,3 Prozent. „Die SPÖ ist die

BürgermeisterInnen-Partei im Burgenland. Die Bevölkerung hat der SPÖ eindeutig ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir werden mit diesem Auftrag sorgsam, wie auch schon in Vergangenheit, umgehen und weiter hart am Erfolg des Burgenlandes arbeiten“, kündigt SPÖ Landesgeschäftsführer Roland Fürst an. GVV Burgenland-Präsident Erich Trummer sieht einen großen Freudentag

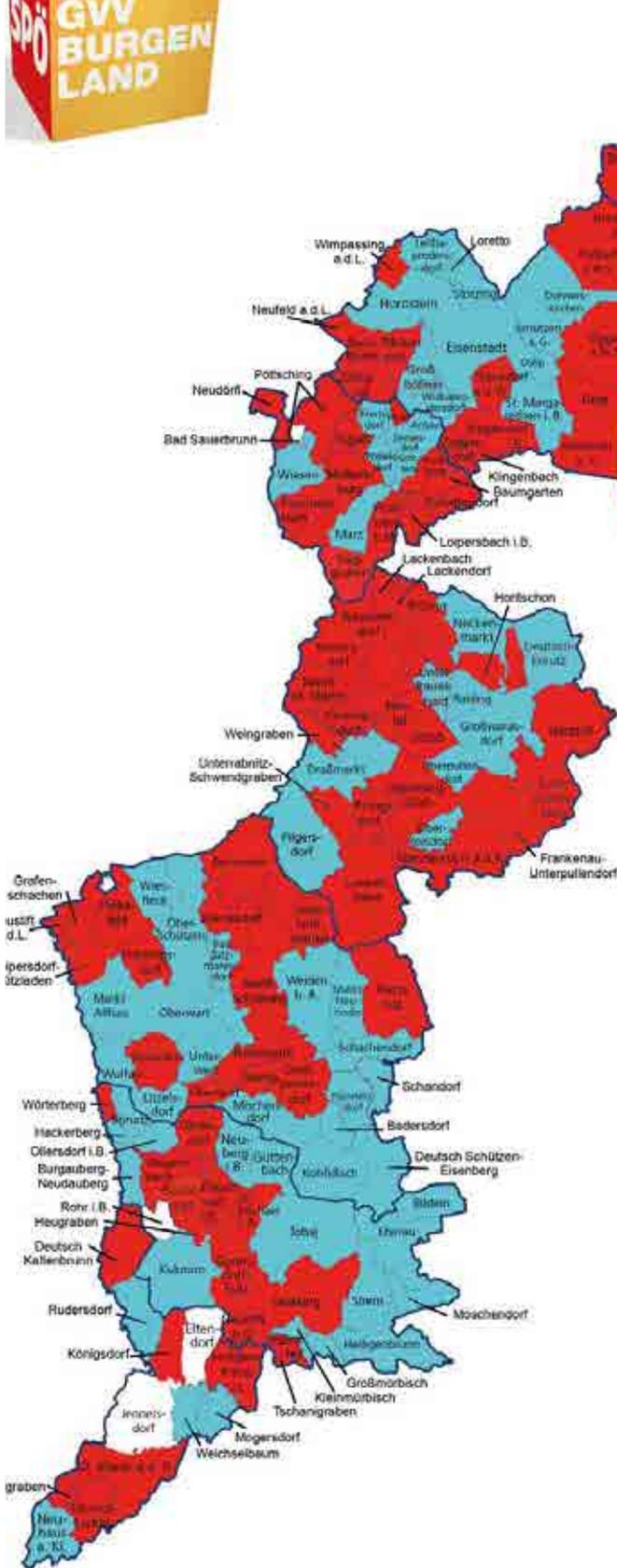


SPÖ-Ergebnis Bürgermeisterwahlen 2022		
Bürgermeister:innen:	95	(2017: 83)
Abstand zur ÖVP:	24	(2017: 1)
1. Vizebürgermeister:innen:	102	(2017: 97)
absolute Mandatsmehrheiten:	84	(2017: 75)
Bürgermeisterinnen:	11	(2017: 8)

Der ORF Burgenland informierte ausführlich über den historischen Wahlerfolg der SPÖ. GVV Präsident Bgm. Erich Trummer präsentierte die Verteilung der BürgermeisterInnen nach politischen Parteien im Burgenland seit 1997 Fotos: GVV Burgenland

# Politische Landkarte Burgenland

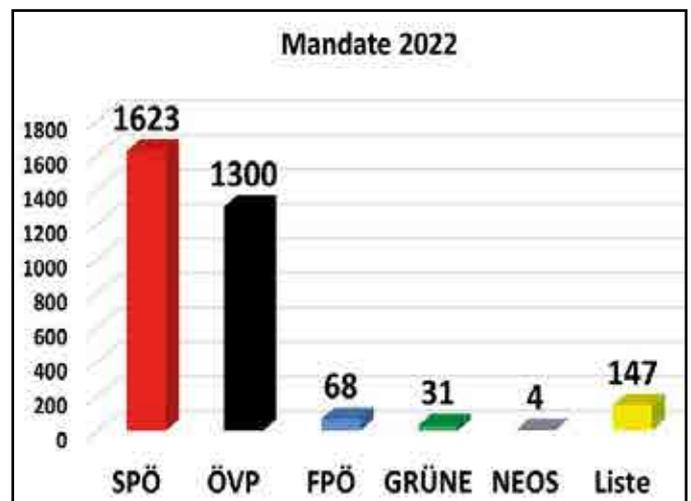
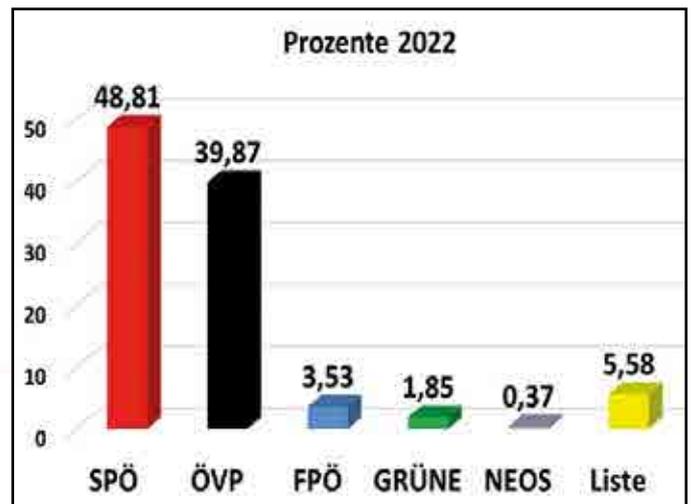
Stand 25. Oktober 2022



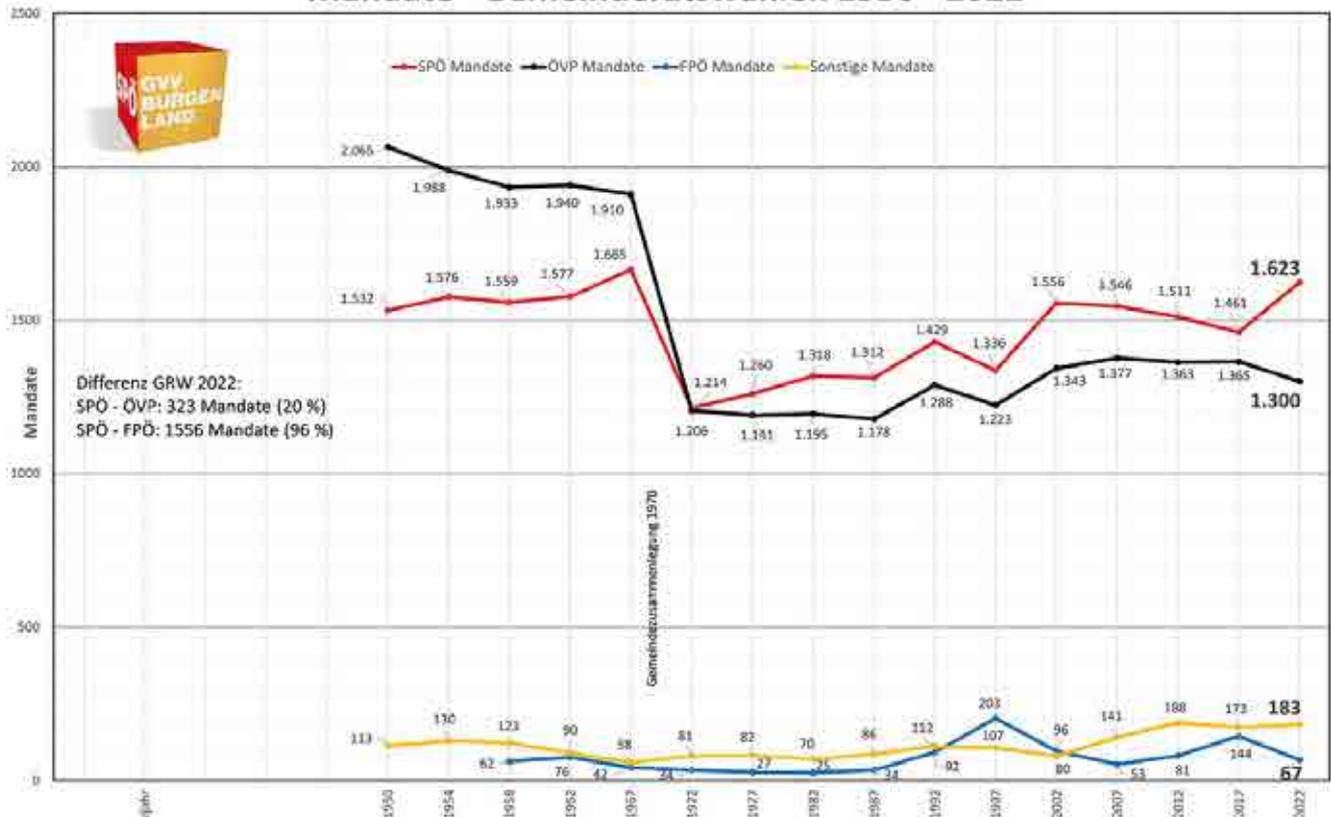
**95** SPÖ

**71** ÖVP

**5** Liste



## Mandate - Gemeinderatswahlen 1950 - 2022



im Ergebnis der Wahlen. „Wir haben unsere Ziele nicht nur erreicht, sondern weit übertroffen. Wir sind jünger und weiblicher geworden, wir haben nicht nur bei den BürgermeisterInnen dazugewonnen, sondern auch bei den VizebürgermeisterInnen und wir haben die Anzahl der Absoluten gesteigert!“

### GVV mit 96 Mitgliedsgemeinden größter Verband des Landes

Der GVV Burgenland bleibt damit mit Abstand der größte Verband des Landes. Inklusive der Gemeinde Parndorf, die bereits

zuvor Mitglied beim GVV war, hält der GVV Burgenland nun bei 96 Mitgliedsgemeinden.

Der GVV hat sich seit mehr als zwei Jahren für die Wahlen vorbereitet und nichts dem Zufall überlassen. Gemeinderatswahlen sind Organisationswahlen. Immerhin wurden 5.700 Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen geschickt. „Hier möchte ich vor allem unseren Funktionärinnen und Funktionären, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SPÖ-Landes- und Bezirksorganisationen sowie dem GVV

Burgenland ganz herzlich danken für ihren großartigen Einsatz, den sie gezeigt haben“, so SPÖ-Vorsitzender LH Hans Peter Doskozil. GVV und SPÖ wollen auch in Zukunft verstärkt das Augenmerk auf die Fort, Aus- und Weiterbildung legen.

Erich Trummer sieht hinter dem Erfolg eine klare konstruktive Arbeit. „Mit den drei kleinen ‚s‘, nämlich strategisches, strukturelles und seriöses Arbeiten, haben wir unser Ziel nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Das macht uns stolz und hoffnungsfroh für die Zukunft.“

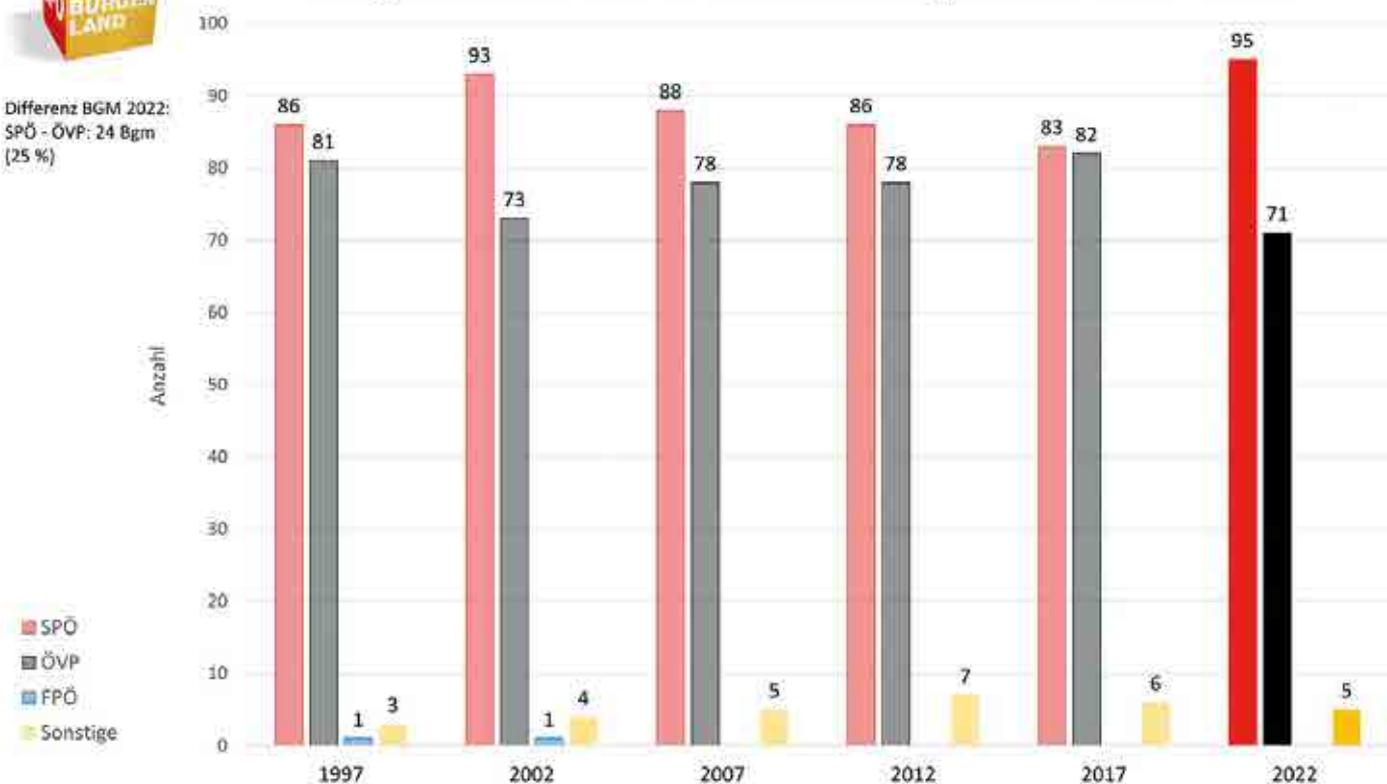


Landesrat Heinrich Dorner und Bundesrätin Landesfrauengeschäftsführerin Mag.ª Sandra Gerdenitsch freuen sich mit den Ortschafts aus dem Bezirk Oberpullendorf über das großartige Wahlergebnis  
 Foto: GVV Burgenland



## Bürgermeister\*innen Wahlen Burgenland 1997 - 2022

Differenz BGM 2022:  
SPÖ - ÖVP: 24 Bgm  
(25 %)




**ÖSTERREICHISCHE KREBSHILFE  
BURGENLAND**

**KREBSHILFE  
BEWEGT**

**JEDEN MONTAG | 17.00 UHR**  
BAD SAUERBRUNN - DER SONNBERGHOF

**JEDEN DIENSTAG | 17.30 UHR**  
NEUTAL - MEHRZWECKSAAL

**JEDEN MITTWOCH | 17.00 UHR**  
BAD TATZMANNSDORF -  
THERAPIEZENTRUM ROSALIENHOF

„Krebshilfe bewegt“ lädt onkologische Patient:innen ein, ihren Körper durch bewusstes Mobilisieren, Entspannen und Kräftigen besser kennenzulernen und dadurch ihre Lebensqualität zu fördern. Die Teilnahme ist für Krebspatient:innen kostenlos.

**ANMELDUNG:** Österreichische Krebshilfe Burgenland, Tel. 0650 525 22 99  
e-Mail: [office@krebshilfe-burgenland.at](mailto:office@krebshilfe-burgenland.at) | [www.krebshilfe-burgenland.at](http://www.krebshilfe-burgenland.at) oder


**Burgenland  
Energie**

**BE READY**  
Bessere Energie für alle.



Gut gelaunt: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Bezirk Eisenstadt-Umgebung mit Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und Bezirkshauptfrau Birgit Wagner Foto: SPÖ Bezirk EU



Mörbisch: Bundesrat Günter Kovacs, LAbg. KO Robert Hergovich, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und LAbg. Bgm.<sup>in</sup> Rita Stenger mit Bgm.<sup>in</sup> Bettina Zentgraf Foto: SPÖ Bezirk EU



Rechts: Landtags-abgeordneter a. D. Werner Friedl wurde von Bezirkshauptfrau Mag.<sup>o</sup> Ulrike Zschech erneut als Bürgermeister der Marktgemeinde Zurndorf angelobt. Foto: SPÖ Bezirk ND



Links: Jürgen Zimara ist neuer Bürgermeister in Loipersdorf-Kitzladen Foto: SPÖ Bezirk OP

**Wissenswertes:**

- 57,16 % der HauptwohnsitzerInnen haben jetzt eine(n) SPÖ-BürgermeisterIn
- Es gibt fünf zusätzliche 1. VizebürgermeisterInnen für die SPÖ: Gesamt 102 für die SPÖ und 63 für die ÖVP
- Bürgermeisterinnen und 1. Vizebürgermeisterinnen von der SPÖ in einer Gemeinde: von 45 auf 50 Gemeinden gesteigert; ÖVP hat 18.
- In 84 Gemeinden hält die SPÖ jetzt die absolute Mandatsmehrheit.
- Jünger geworden: 19 BürgermeisterInnen-Wechsel wurden im Vorfeld der Wahlen durchgeführt, alle 19 sind in ihren Gemeinden bestätigt worden.
- Weiblicher geworden: SPÖ hat jetzt elf Bürgermeisterinnen, um drei mehr als 2017 und fast doppelt so viele wie die ÖVP.
- Das Durchschnittsalter der SPÖ BürgermeisterInnen beträgt 52,4 Jahre, vorher 53,61



Frankenau-Unterpullendorf: Auch Landesrat Heinrich Dörner und GVV Präsident Erich Trummer gratulierten Paul Fercsak zum Gewinn der Stichwahl



Nach dem großen Erfolg bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl lud der GVV Burgenland die neu ins Amt gewählten SPÖ-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister zu einem Empfang in die Alm in Eisenstadt. GVV Präsident Bgm. Erich Trummer mit den Bgm. Alexander Knaak (Forchtenstein, 2. v.l.), Bgm. Heinrich Hareter (Weiden, r.) und GVV-Mitarbeiterin Susanne Schachinger (links)

Foto: Gregor Hafner



In Rust ging Bgm. Gerold Stagl als Sieger aus der Stichwahl hervor. Unter den Gratulanten waren LH-Stv. Astrid Eisenkopf, Bundesrat Günter Kovacs, Bgm.<sup>in</sup> LAbg. Rita Stanger, KO LAbg. Robert Hergovich und Bgm. LAbg. Ing. Thomas Schmid

Foto: GVV Bgld.



Angelobung durch Bezirkshauptfrau Nicole Wild: Kurt Wagner, Wolfgang Södl, Franz Pelzmann, Ernst Simiitz, Roman Jandrisevits, Vinzenz Knor, Jürgen Schabhüttl, Walter Zloklikovits (hinten), Jürgen Dolesch, Michaela Raber, Nicole Wild (BH), Franz Kazinota und Otto Horvath (vorne)

Foto: GVV Bgld.



Bezirkshauptmann WHR Mag. Werner Zechmeister mit BürgermeisterInnen des Bezirks Mattersburg

Foto: BH Mattersburg

## GR- und BGM-Wahl '22 Ergebnisse im Überblick

In den 171 burgenländischen Gemeinden waren insgesamt 277.477 Wahlberechtigte aufgerufen, Gemeinderäte und Bürgermeister neu zu wählen. Die Landeswahlbehörde gab folgende Ergebnisse bekannt:

Bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2022 haben von den 277.477 Wahlberechtigten 210.293 ihre Stimme abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 75,79% (2017 lag die Wahlbeteiligung bei 81,05%). 16.969 oder 7,99% der abgegebenen Stimmen waren ungültig. 26.637 Wahlkarten wurden ausgestellt. Bereits zum zweiten Mal gab es im Burgenland bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen einen vorgezogenen Wahltag. 13,84 % der Wahlberechtigten (38.389 Wahlberechtigte) haben bereits am 23. September 2022 gewählt.

Die Gemeinderatswahlen brachten folgendes Ergebnis:

- SPÖ 48,81%
- ÖVP 39,87%
- FPÖ 3,53%
- GRÜNE 1,85%
- NEOS 0,37%

Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen

- SPÖ 50,92%
- ÖVP 41,01%
- FPÖ 2,04%
- GRÜNE 0,99%
- NEOS 0,32%

## Abgabe zur Baulandmobilisierung

Seit Mai 2022 ist im Burgenland die Novelle zum Raumplanungsgesetz in Kraft. Anlass dafür: Derzeit sind fast 40 Prozent des gewidmeten Baulandes im Burgenland unbebaut. Damit liegt das Land Burgenland deutlich über dem Bundesschnitt von rund 23,5 Prozent und weist diesbezüglich in Österreich den höchsten Wert auf. Ziel der Novelle ist, dass ungenutztes Bauland nicht zu Spekulationszwecken verwendet wird, sondern der Allgemeinheit zur Verfügung steht. Zentraler Bestandteil dieses Gesetzes für leistbares Bauland sind der Abschluss von Baulandmobilisierungsvereinbarungen und auch eine Abgabe auf unbebautes Bauland, wenn dieses nicht verfügbar ist. Diese Novellierung des Raumplanungsgesetzes ist – auch unter Einbindung des GVV – erfolgt. Da die bisher vorhandenen Instrumente zur Baulandmobilisierung nicht ausreichen, ist, als zentrales Element der Novelle, eine Abgabe verankert, die der Gemeinde den Zugriff auf gewidmetes Bauland erleichtern soll. Es geht nicht darum, Einnahmen zu lukrieren, sondern Bauland zu mobilisieren und bauwilligen jungen Menschen im Burgenland Bauland zur Verfügung zu stellen.

Die Abgabe wird vom Land und nicht von den Gemeinden eingehoben. Damit soll sichergestellt werden, dass landesweit einheitliche Vorgaben gelten und es ein faires System gibt. Wer die Abgabe zahlt, kann sein Grundstück um jeden Preis, den er am Markt bekommt, verkaufen. Das Land hat einen Gutachter mit der Bewertung der Grundstückspreise in allen 171 Gemeinden beauftragt. Die Höhe der Abgabe hängt – laut Land – von den Quadratmeter-Preisen in der jeweiligen Gemeinde ab.

Grundsätzlich besteht eine Abgabepflicht für alle unbebauten Baulandgrundstücke ab einer Mindestgröße von 300 Quadratmetern, einer Mindestbreite von 9 Metern und einer Mindestdiefe von 12 Metern. Die Höhe der Abgabe ist von der Grundstücksgröße abhängig und beträgt zwischen 0,5 Prozent (bis 800 m<sup>2</sup>) und 2,5 Prozent (über 1600 m<sup>2</sup>). Das Gesetz sieht allerdings eine Reihe von Ausnahmen vor, in denen keine Abgabe zu zahlen ist: So sind etwa Grundstücke für den familieneigenen Bedarf unter genau definierten Vorgaben nicht betroffen.



**Zu einem gemeinsamen Abendessen** mit den BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen lud die SPÖ des Bezirks Eisenstadt-Umgebung nach Neufeld an der Leitha. Bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl gewann die SPÖ im Bezirk drei neue BürgermeisterInnen und acht VizebürgermeisterInnen dazu. Unter den Gästen waren auch KO Robert Hergovich und die Geschäftsführer des GVV Burgenland Herbert Marhold und Patrick Hafner.

Foto: GVV Burgenland

## GVV Österreich lud zur BürgermeisterInnenkonferenz

**Zu einer BürgermeisterInnenkonferenz** lud der GVV Österreich und der SPÖ Parlamentsklub Anfang Dezember nach Pottendorf nahe Wien. Die Konferenz diente dem Austausch zwischen dem SPÖ Parlamentsklub und den KommunalvertreterInnen der SPÖ.

Mit dabei war auch SPÖ Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner, NR Kai Jan Krainer sowie der geschäftsführende

SPÖ Klubobmann NR Jörg Leichtfried. Auf kommunaler Seite wurde die Konferenz eröffnet von GVV Österreich Vorsitzendem Bgm. Andreas Kollross. Für den GVV Burgenland mit dabei waren GVV Präsident Erich Trummer, die beiden GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und Patrick Hafner sowie GVV Österreich Bundesgeschäftsführer Martin Giefing und die Bürgermeister Christian Wöhl aus Hirn sowie Dieter Posch aus Neudorf.



Von links: Patrick Hafner, Herbert Marhold, Andreas Kollross, Pamela Rendi-Wagner, Erich Trummer, Dieter Posch und Martin Giefing.

Foto: GVV Burgenland



Bernstein landete in der Kategorie bis 2.500 Einwohner auf dem ausgezeichneten 2. Platz.



Viele Bewegungsminuten sammelte auch die Gemeinde Großpetersdorf. Der Lohn war Platz 2 in der Klasse über 2.500 Einwohner.

## „spusu Gemeindechallenge“: Siegsgemeinden prämiert

**M**ehr als die Hälfte aller Städte und Dörfer des Landes haben an der „spusu Burgenland Gemeindechallenge“ teilgenommen. Die Siegsgemeinden wurden von Landesrat Heinrich Dorner ausgezeichnet.

Zentrales Anliegen dieser Initiative war, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer jeden Alters sich bewegen und damit die gesamte Bevölkerung gesünder und aktiver wird.

Bis 5. September hatten alle teilnehmenden Städte und Gemeinden des Landes die Möglichkeit, Bewegungsminuten zu sammeln. 92 Gemeinden haben mitgemacht und insgesamt

wurden von den 1.127 TeilnehmerInnen 1,740.930 Bewegungsminuten gesammelt.

In der Kategorie bis 1.200 EinwohnerInnen gewann Hirm vor Unterkohlstätten. Die Klasse bis 2.500 BewohnerInnen entschied Mischendorf vor Bernstein für sich. Und in der Kategorie Gemeinden mit mehr als 2.500 EinwohnerInnen hat Rohrbach bei Mattersburg den ersten Platz und Großpetersdorf den zweiten Platz erzielt.

Die Siegsgemeinden der jeweiligen Kategorien erhielten 7.500 Euro als Gewinn. Die zweitplatzierten Gemeinden bekamen 5.000 Euro als Prämie.



Platz 1 für Hirm in der Kategorie bis 1.200 Einwohner



Die Klasse bis 2.500 Einwohner entschied Mischendorf für sich



Landesrat Heinrich Dorner zeichnete die Gemeinde Rohrbach als Sieger in der Kategorie über 2.500 Einwohner aus



Unterkohlstätten errang den 2. Platz in der Kategorie bis 1.200 Einwohner

Fotos: LMS



Oben von links: Landesrat Leonhard Schneemann überreichte Bgm. a.D. Christian Vlasich, Lockenhaus, das Goldenes Ehrenzeichen, Vizebgm. a.D. Markus Schrödl, Stoob, erhielt das Silbernes Ehrenzeichen überreicht

Links: Bgm. a.D. Viktor Hergovich, Trausdorf, wurde von Landeshauptfrau-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf mit dem Goldene Ehrenzeichen ausgezeichnet

Links unten: Landesrat Leonhard Schneemann überreichte Vizebgm. Günter Laschet, Rohrbrunn, das Silbernes Ehrenzeichen

Fotos: LMS

## Landesauszeichnung für verdiente Kommunalpolitiker

Im Rahmen zweier Festakte, im Kulturzentrum Oberschützen im Süden des Landes sowie im Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt im Norden, zeichneten Landesrat Leonhard Schneemann und Landeshauptfrau-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf in Vertretung von Landeshauptmann Hans Peter

Doskozil Persönlichkeiten für besondere Verdienste um das Land Burgenland aus.

Unter den Ausgezeichneten waren auch verdiente Kommunalpolitikern. Der GVV Burgenland gratuliert den Geehrten und sagt Danke für ihr Engagement!



**75 Jahre Österreichischer Gemeindebund.** Ende November feierte der Österreichische Gemeindebund im Palais Niederösterreich in Wien sein 75-jähriges Jubiläum. Der Österreichische Gemeindebund wurde am 16. November 1947 zunächst als Sprachrohr der kleinen Landgemeinden gegründet und hat sich über die Jahrzehnte weiterentwickelt und heute sind 2.082 der 2.093 Gemeinden und Städte über ihre Landesverbände mit dabei. Im Bild: die Verbandspräsidenten mit Ehrengästen

Foto: Österreichischer Gemeindebund



**Alfred Riedl**, Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, feierte heuer seinen 70. Geburtstag. GVV Präsident Erich Trummer und GVV Altpäsident Ernst Schmid gratulierten dem Jubilar bei einem Treffen in Wien. Foto: GVV Burgenland

## Präsidiumssitzung des Österreichischen Gemeindebundes in Prag

**Zu einer gemeinsamen Sitzung des Präsidiums- und des Europaausschusses des Österreichischen Gemeindebundes kam es Mitte Oktober in Prag.**

Eine Delegation der österreichischen Gemeindevertreter traf sich dabei auch mit VertreterInnen des tschechischen Gemeindebundes und es gab auch einen Besuch in der Stadt Pobebrady und der kleinen Gemeinde Knezice, wo eine kommunale Biogasanlage besucht wurde. Inhaltlich ging es

vor allem um die sich weiter beschleunigende Teuerung, die generell europaweit allen Städten und Gemeinden zusetzt. Außerdem wurde das Thema Energiesicherheit sowie die Berichte aus den Landesverbänden diskutiert. Abgerundet wurde der Besuch mit einem Empfang bei der österreichischen Botschafterin in Prag Dr. Bettina Kirnbauer. Für den GVV Burgenland war – in Vertretung des Präsidenten – der 1. Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold mit in der Tschechischen Republik.



*Sitzung des Präsidiums- und des Europaausschusses des Österreichischen Gemeindebundes Mitte Oktober in Prag*

Foto: GVV Burgenland

## Energiegemeinschaften sichern Versorgung

Genauso wie der private Bereich und die Wirtschaft, kämpft der öffentliche Bereich – und somit natürlich auch die Gemeinden – mit den explodierten Energiekosten. Der GVV führt bereits seit einigen Monaten auf verschiedenen Ebenen entsprechende Gespräche, um diese dramatische Situation für die Gemeinden zumindest zu dämpfen. Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil und Burgenland Energie Vorstand Mag. Dr. Stephan Sharma haben am 21. September 2022 ein Modell für eine 70-prozentige Energieunabhängigkeit präsentiert, bei dem die Gemeinden eine wesentliche Position einnehmen können.

Das Burgenland wird dabei in Energiegemeinschaften unterteilt. Eine Realisierung findet statt, wenn sich etwa 100 Teilnehmer für die Energiegemeinschaft melden. Teil der Energiegemeinschaft können private Haushalte, die Gemeinde selbst, aber auch Klein- und Mittelbetriebe sein.

Im Rahmen dieser Erneuerbaren Energiegemeinschaften werden die Haushalte und die KMUs energieunabhängiger. Hier werden für die Stromproduktion Flächen-PV-Anlagen und für die Wärme eine zentrale Wärmepumpe oder eine Biomasse-Anlage installiert. Für die Stromspeicherung wird ein großer zentraler Speicher errichtet. Wenn mehr als 100 Personen in einer Gemeinde ihr Interesse bekunden, beginnt die Burgenland Energie mit der Errichtung der Anlagen.

Beim Paket „Gemeinde“ gründet das Land gemeinsam mit den Gemeinden Erneuerbare Energiegemeinschaften. Alle Informationen auf [www.burgenlandenergie.at](http://www.burgenlandenergie.at) und im Kundencenter der Burgenland Energie.



*Landeshauptmann Doskozil und BE Vorstandsvorsitzender Sharma bei der Präsentation des Energiemodells* Foto: LMS



Landeshauptfrau-Stellvertreter und SPÖ-Landesparteivorsitzender Franz Schnabl, GVV-Präsident Erich Trummer, Bürgermeister Michael Ludwig, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig mit Gastgeber NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak Fotos: GVV Burgenland

## 75 Jahre GVV Niederösterreich

Anlässlich seines 75-jährigen Jubiläums lud der GVV Niederösterreich zu einem Empfang in die Arbeiterkammer in St. Pölten. GVV-Präsident Erich Trummer überbrachte Glückwünsche aus dem Burgenland.



GVV Präsident Erich Trummer mit GVV NÖ Altpresident Bernd Vögerle



GVV Präsident Erich Trummer mit Nationalratsabgeordneten Andreas Kollross (Mitte) und Städtebund-Generalsekretär Mag. Dr. Thomas Weninger beim Empfang

## Bauverordnung wird adaptiert: erneuerbare Energie Energieeffizienz und Barrierefreiheit im Fokus

**D**as Land Burgenland plant eine **Adaptierung der Bauordnung. Wichtige Aspekte sind die Barrierefreiheit, erneuerbare Energie und Energieeffizienz.**

Die wesentlichen geplanten Änderungen sind:

- Verpflichtende Leerverrohrung zur nachträglichen Montage von PV/Solar-Systemen auch beim Einfamilienhaus
- Verpflichtende Errichtung von PV-Anlagen bei Wohnhausanlagen
- Bei Energieausweisen muss nun auch der OI3-Index (bewertet die ökologische Qualität aller verwendeten Materialien) gerechnet werden (weil er auch bei der Vergabe von Wohnbaufördermitteln berücksichtigt wird)
- Bei Wohnhausanlagen werden barrierefreie, abschließbare Abstellanlagen für Fahrräder zum Standard
- Im Sinne der Elektromobilitätsstrategie wird der Umgang mit „Ladeinfrastruktur“ komplett neu geregelt. Was muss wo und wie gemacht werden, speziell bei Nicht-Wohngebäuden. Aber auch bei Wohnhäusern und größeren Wohnhausanlagen muss zumindest die Leitungsinfrastruktur für eine einfache Nachrüstung vorbereitet werden.



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Werner Cerutti, Geschäftsführer der Sonnentherme Lutzmannsburg-Frankenau GmbH, und Bürgermeister LAbg. Roman Kainrath bei der Eröffnung der neuen Thermen-Chalets

Foto: LMS

## Sonnentherme Lutzmannsburg: 6,5 Millionen Euro für neue Attraktionen

**D**ie Sonnentherme hat sich in den vergangenen Jahren zu einem echten Erfolgsprojekt des Landes und zu einem Leitbetrieb für die gesamte Region entwickelt. Heuer wurden rund 6,5 Millionen Euro in neue Attraktionen investiert.

Seit Sommer in Betrieb ist das 5D-Wasser-Erlebnis-Kino „Cinesplash 5D“ – Film-Erlebnisse mit vielen Spezial-Effekten – Wasservorhänge, Wasserexplosionen, Wind, Nebel, Laser-Blitze, Dolby-Digital-Surround-Sound und – weltweit einmalig: echter herabfallender Schnee. Offiziell eröffnet durch Landeshauptmann

Doskozil wurden auch die neuen Thermen Chalets. Diese wurden im Spätsommer fertig gestellt. Die neueste Innovation, der ECO-Eislaufplatz, trägt den aktuell weltweit wichtigsten Themen Rechnung: den Energiepreisen und dem Klimaschutz. Für den Betrieb des 450 Quadratmeter großen Eislaufplatzes mit Glice-Synthetikeis braucht man weder Strom noch Wasser und auch keine chemischen Kühlmittel – und trotzdem können die Gäste eislaufen wie sie es gewohnt sind, also realitätsgereutes Eislaufen mit optimaler Griffbarkeit und Gleitfähigkeit, bei jeder Temperatur und zu jeder Jahreszeit.

## Soforthilfe: Land führt Wärmepreis-Deckel ein

Das Land hat ein Entlastungspaket für Privathaushalte gegen die enormen Heizkosten geschürt. 2023 kommt der Wärmepreis-Deckel.

Mit dem Wärmepreis-Deckel, dem Anti-Teuerungsbonus und weiteren Maßnahmen sorgt das Land Burgenland für rasche und unbürokratische Unterstützung.

Das Grundprinzip des burgenländischen Wärmepreis-Deckels lautet: Über den Sozial- und Klimafonds sollen burgenländische Haushalte die zusätzlichen Kosten für Gas, Wärmepumpen und andere Heizstoffe in einem Ausmaß refundiert erhalten, dass die Mehrbelastung in einem vertretbaren Ausmaß gemessen an der Finanzkraft der Betroffenen bleibt und sozial gestaffelt die Mehrkosten abfedert.

Konkret werden die Wärmekosten so gedeckelt, dass sie einen gewissen Prozentsatz des jeweiligen Jahres-Nettoeinkommens eines Haushalts nicht übersteigen dürfen:

- Heizkostenzuschussbezieher: 3 Prozent (= Heizkostenzuschuss),
- bis 33.000 Euro: 4 Prozent
- bis 43.000 Euro: 5 Prozent
- bis 63.000 Euro: 6 Prozent

Die Höhe des Wärmepreis-Deckels wird von der Höhe des Haushaltseinkommens (bis maximal 63.000 Euro) und der Höhe der Wärmekosten (Heizkosten) abhängig sein. Die Förderhöhe kann maximal 2.000 Euro betragen. Die detaillierten Voraussetzungen werden derzeit ausgearbeitet.

Der Wärmepreis-Deckel ist eine Förderung des Landes für Privathaushalte. Die Förderung soll Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, die enorm gestiegenen Heizkosten zu bewältigen. Da der Wärmepreis-Deckel erst 2023 ausbezahlt wird, ist die Antragstellung auch erst 2023 möglich.

**Info-Hotline:** +43 57/600-DW 1060 (von Montag bis Donnerstag von 7:30 Uhr – 16 Uhr und am Freitag von 7:30 Uhr- 13 Uhr).

[www.sozial-und-klimafonds.at](http://www.sozial-und-klimafonds.at)



**Burgenland-Gala für „Licht ins Dunkel“:** Mit einem Reinerlös von 99.120 Euro war die Burgenland-Gala zugunsten der Aktion „Licht ins Dunkel“ ein voller Erfolg.

Foto: LMS

## Pop-up-Impfzentren in Bezirksbehörden

Um den BurgenländerInnen auch über den Winter den bestmöglichen Impfschutz gegen COVID-19 zu bieten, gibt es in den Pop-up-Impfzentren in den sieben Bezirkshauptmannschaften jeden Freitag und Samstag die Möglichkeit zur COVID-19-Impfung ohne Anmeldung.

Die Pop-up-Impfzentren sind jeden Freitag, 15.00 bis 19.00 Uhr, sowie jeden Samstag, 11.00 bis 15.00 Uhr geöffnet. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Pop-up-Impfzentren sind an folgenden neuen Standorten eingerichtet:

- BH Neusiedl am See: 7100 Neusiedl am See, Eisenstädter Straße 1a
- BH Eisenstadt-Umgebung: 7000 Eisenstadt, Ing. Julius-Raab-Straße 1
- BH Mattersburg: 7210 Mattersburg, Marktgasse 2
- BH Oberpullendorf: 7350 Oberpullendorf, Hauptstraße 56
- BH Oberwart: 7400 Oberwart, Hauptplatz 1
- BH Güssing: 7540 Güssing, Hauptstraße 1
- BH Jennersdorf: 8380 Jennersdorf, Hauptplatz 15

## Impfkampagne: keine Rückzahlung

Der Nationalrat hat beschlossen, dass die Gemeinden die nicht verwendeten Mittel zur Organisation lokaler Impfkampagnen nicht zurückbezahlen müssen. Die Mittel – zwischen 7 und 9 Euro pro Einwohner – wurden im April vom Bund an alle Gemeinden verteilt.

Gemeinden, die bisher KEINE Impfkampagne organisiert haben, müssen auch nicht mehr tätig werden und dürfen das Geld behalten und für andere Zwecke im Gemeindebudget verwenden. Wer aber eine COVID-Impfkampagne organisiert und zum Beispiel den gesamten Zweckzuschuss, oder auch Teile davon, bereits ausgegeben hat, wird die ausgegebene Summe als Sonder-BZ Mittel vom Bund noch einmal erhalten! Dazu müssen die Rechnungen und Belege bei der Bundesbuchhaltungsagentur eingereicht werden.



**GVV Österreich Delegation in Berlin:** Eine Abordnung österreichischer SPÖ-Gemeindevertreter besuchte Anfang November den DEMO-Kommunalkongress in Berlin. Unter der Führung von GVV-Österreich Vorsitzenden, NR Bgm. Andreas Kollross, reisten fast 30 GemeindevertreterInnen der SPÖ aus Österreich an. Bei dem zweitägigen Kongress ging es vor allem um die finanzielle Zukunft der Kommunen. Aus dem Burgenland mit dabei waren der GVV Österreich Bundesgeschäftsführer Martin Giefing aus Neudorf sowie die beiden GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und Patrick Hafner.

Foto: GVV Burgenland

## GVV Steiermark zu Gast im Roten Haus

**Der GVV Steiermark mit SPÖ-Landesgeschäftsführer Günter Pirker und GVV-Landesgeschäftsführer Gernot Leskovar an der Spitze waren zu Gast im Roten Haus in Eisenstadt.**

Sie gratulierten der SPÖ Burgenland recht herzlich zum historisch besten Ergebnis bei

Kommunalwahlen. Der 2. GVV-Landesgeschäftsführer des GVV Burgenland, Patrick Hafner, berichtete dabei über Aktivitäten im Gemeinderatswahlkampf und machte einen Streifzug über den Verlauf der Wahlwerbung. Mag. Herbert Marhold, 1. GVV-Landesgeschäftsführer, begrüßte die Delegation im Roten Haus.



Herzlicher Empfang für die Gäste aus dem Nachbarbundesland Steiermark

## Kommunale Abwasserrichtlinie im Zeichen des Green Deal

**Die Revision der Abwasserrichtlinie sieht einige Neuerungen vor: Erweiterte Herstellerverantwortung für Produzenten von Mikroschadstoffen, Einbeziehung aller Gemeinden ab 1.000 Einwohnern in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Energieeffizienzziele für größere Anlagen.**

Der am 26. Oktober veröffentlichte Revisionsvorschlag will die 30 Jahre alte Richtlinie an den Stand der Technik, aktuelle Herausforderung und den grünen Deal anpassen.

Einige Neuerungsvorschläge dürften in Österreich wohl schon umgesetzt sein, bei anderen sind Rückmeldungen aus der Praxis erbeten.

### Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Die Schwelle, ab der eine Gemeinde in den Anwendungsbereich der Abwasserrichtlinie fällt, wurde von 2.000 Einwohnern auf 1.000 Einwohnern herabgesetzt. Konkret heißt das, Ausbau eines Kanalnetzes und Abwasserbehandlung in mindestens zwei Klärstufen.
- Für individuelle Sammelsysteme wie Zisternen oder Tanks, die vor allem in abgelegenen oder dünn besiedelten Gegenden zum Einsatz kommen, gelten neue Aufzeichnungs- und Berichterstattungspflichten. Die Abwässer müssen einer Behandlung zugeführt werden, die mindestens zwei Klärstufen entspricht.

- Die dritte Klärstufe wird ab 100.000 Einwohnern zur Norm, in sensiblen Gebieten, wo es Probleme mit Eutrophierung gibt, gilt dies ab 10.000 Einwohnern. Für die Liste der sensiblen Gebiete sind die Mitgliedstaaten zuständig.
- Für Gebiete ab 100.000 Einwohnern ist bis 2035 die vierte Klärstufe zur Abscheidung von Mikroschadstoffen umzusetzen. Für sensible Gebiete ab 10.000 Einwohnern ab 2040.
- Die erweiterte Herstellerverantwortung von Pharma- und Kosmetikindustrie soll Produzenten und Importeure von Mikroschadstoffen an den Kosten der vierten Klärstufe beteiligen.
- Da Kläranlagen große Energieverbraucher sind, soll bis 2040 gesamtstaatliche Energieneutralität des Abwassersektors, etwa durch PV-Anlagen, Windkraft, Biogas, erreicht werden.

Zugang zu Sanitäranlagen: Ähnlich wie die Trinkwasserrichtlinie enthält auch dieser Revisionsvorschlag eine sozialpolitische Forderung, nämlich das Recht des Zugangs zu Sanitäreinrichtungen, sowohl in Städten bzw. öffentlichen Einrichtungen, als auch für besonders vulnerable Gruppen.

Der Vorschlag wurde den Co-Gesetzgebern Rat und Parlament übermittelt und durchläuft jetzt den Gesetzgebungsprozess. Anmerkungen zu den Vorschlägen aus kommunaler Sicht nimmt der Österreichische Gemeindebund gern entgegen.

## Kongress: Ära Kiefer geht zu Ende

**Nach zweieinhalb Perioden an der organisatorischen Spitze des Kongresses der Gemeinden und Regionen übergab Dr. Andreas Kiefer den Posten des Generalsekretärs Ende Oktober an den Franzosen Mathieu Mori.**

Seit 2010 führte der Salzburger Andreas Kiefer die Geschicke des Kongresses im Europarat. In seine Ära fällt die Schärfung

des Profils des Kongresses mit einem starken Fokus auf Kernkompetenzen wie Monitoring der Charta der lokalen Selbstverwaltung und Wahlbeobachtungen, sowie die regelmäßige Einbeziehung von Jugenddelegierten in die Plenarversammlung. Die Nachfolge von Andreas Kiefer tritt Mathieu Mori an, der einigen österreichischen Bundesländern als früherer Generalsekretär der Versammlung europäischer Regionen bekannt ist.



### Informationspflicht: AirBnB und Co sollen Daten teilen

AirBnB und Co sollen endlich verpflichtet werden, wichtige Daten mit den zuständigen Behörden zu teilen. Der neue Verordnungsvorschlag zur Kurzzeitvermietung zielt auf einen europaweiten Rahmen zur Regelung dieses nicht mehr ganz so neuen Sektors ab. Nicht nur Städte und Tourismusgemeinden fordern schon seit Jahren einheitliche Regeln für Kurzzeitvermietung und Datenzugriff auf Vermieter- und Nächtigungsdaten. Die quasi steuerfreie Vermietung von Zweitwohnsitzen und Investmentobjekten hat mittlerweile in ganz Europa Auswirkungen auf den Immobilienmarkt. Mit dem Ende Oktober vorgelegten Verordnungsvorschlag über Datensammlung und Datenzugang bei Kurzzeitvermietung reagiert die EU-Kommission auf langjährige Kritik und schlägt u.a. harmonisierte Vorschriften für die elektronische Registrierung von Gastgebern und Unterkünften, Vorschriften für den Datenaustausch mit Behörden durch einheitliche nationale Zugangspunkte und Kontrollanforderungen der Plattformen und Sanktionsmöglichkeiten der Behörden vor.

Die Mitgliedstaaten sind insofern in der Pflicht, als die Verordnung nur dort wirksam wird, wo auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene entsprechende Verpflichtungen zur Registrierung von Kurzzeitmietobjekten verabschiedet wurden. Außerdem muss ein zentraler elektronischer Zugangspunkt geschaffen werden, damit die Plattformen Daten melden können.



**BMV Vollversammlung im KUZ Mattersburg.** Der Burgenländische Müllverband (BMV) hielt Anfang Dezember im Kulturzentrum Mattersburg seine alljährliche Vollversammlung ab. Dabei wurde den Delegierten aus allen burgenländischen Gemeinden der Tätigkeitsbericht vorgelegt und der Obmann und alle Gremien neu gewählt. Neuer, alter Obmann ist Bürgermeister Michael Lampel aus Neufeld. Auch das Budget 2023 ohne Gebührenerhöhung wurde beschlossen. Mit dem Zusammenschluss aller Gemeinden des Burgenlandes zu einem landesweiten Abfallverband wurde im Jahr 1980 der Grundstein für eine flächendeckende Abfallwirtschaft im Burgenland gelegt. Zweck der Verbandsgründung war es, im Burgenland ein effizientes, kostengünstiges und bürgernahes Abfallwirtschaftssystem zu installieren. Die konsequente Verfolgung der abfallwirtschaftlichen Zielsetzungen und die stete Weiterentwicklung führten dazu, dass das Burgenland heute auf ein landesweit einheitliches Sammel- und Verwertungssystem verweisen kann. Das Burgenland ist damit neben Wien bis heute das einzige Bundesland in Österreich mit einer landesweit einheitlich flächendeckenden Abfallbewirtschaftung. Die Struktur eines landesweiten Verbandes hat sich bis heute bestens bewährt und ist beispielgebend in Österreich.

Foto: GVV Burgenland



Jungbürgermeisterinnen und -bürgermeister aus Österreich und Deutschland trafen in Wien zusammen um sich über aktuelle und künftige Herausforderungen auszutauschen. Foto: GVV Österreich

## JungbürgermeisterInnen aus Deutschland und Österreich trafen sich

Das erste JungbürgermeisterInnentreffen in Wien war ein voller Erfolg und ging mit vielen interessanten Beiträgen, neuen Ideen und vielseitigen Gesprächen zu Ende. Die teilnehmenden Jungbürgermeisterinnen und Jungbürgermeister aus Österreich und Deutschland waren sich einig: Vernetzung und Austausch sind nicht nur eine persönliche Bereicherung, sondern sind vor allem eine hilfreiche Stütze für die tägliche Arbeit – auch über die Ländergrenzen hinweg. Die Themen und Herausforderungen sind da wie dort die gleichen, aber es hilft unheimlich, wenn man sich austauscht und Probleme teilt.

In Wien mit dabei war GVV-Vorstandsmitglied Bürgermeister Fabio Halb aus Mühlgraben (im Bild links).

### I M P R E S S U M

**Medieninhaber und Verleger:**

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at)

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt  
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**